

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 145 (1979)

Heft: 7-8

Artikel: Politischer statt militärischer Krieg?

Autor: Sager, Peter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-52136>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politischer statt militärischer Krieg?

Peter Sager

Sechs wesentliche Gründe sind es, dass der militärische Krieg immer weniger gut geführt werden kann. Denn die Technik des politischen Krieges zwischen Diktatur und Demokratie hat andere Kampfebenen. Wollen Demokratien politisch nicht aus den Angeln gehoben werden, brauchen sie aber militärische Mittel. ewe

Der militärische Krieg

Clausewitz hat den Krieg auch definiert als den Versuch, einem Gegner die eigene Meinung mit Gewalt aufzuzwingen. Das ist wohl die beste Umschreibung, die man heute kennt. Damit ist ein Oberbegriff geschaffen, dank dem Klärungen erzielt werden können.

In dieser Sicht erscheint der **militärische Krieg** nur als eine der Formen, in denen der Krieg auftreten kann. Die damit angesprochene **physische Gewaltanwendung** ist allerdings bis zum 20. Jahrhundert zugleich auch die wichtigste gewesen. Insofern, als sie jedem Menschen historisch oder sogar aus Erleben und Miterleben bekannt ist und als mögliche Bedrohung nahe liegt, ist sie geistig auch einigermaßen bewältigt worden. Das äussert sich vor allem darin, dass die militärische Verteidigungsnotwendigkeit allenfalls in ihren Ausmassen, nicht aber grundsätzlich von Volksmehrheiten in Frage gestellt wird.

Der militärische Krieg verliert indessen in einem bestimmten Sinn an Bedeutung – ohne dass deswegen die militärische Verteidigungsanstrengung überflüssig geworden wäre. Anstelle der physischen tritt mehr und mehr die **psychische Gewaltanwendung** in Form des politischen Krieges.

Der Zwang zum politischen Krieg

Der technische Fortschritt und dessen Folgen sind mit vier Hauptgründen dafür verantwortlich, dass der militärische Krieg immer weniger gut geführt werden kann. Eine Entwicklung geistiger Art erleichtert die Führung des po-

litischen Krieges. Schliesslich spricht eine politische Überlegung seit geraumer Zeit schon gegen den militärischen Krieg schlechthin. Diese sechs Ebenen sollen nachstehend aufgeführt werden.

1. Technik. Die Entwicklung der Nuklearwaffen hat eine Lage herbeigeführt, da die Auslösung eines militärischen Krieges als Hauptträger eines Konfliktes das Risiko des Einsatzes von Nuklearwaffen nicht mehr in kalkulierbaren Grenzen hält. Ein Nuklearkrieg würde nur noch Besiegte in allenfalls unterschiedlichen Ausmassen zurücklassen.

2. Kommunikation. Den Völkern, besonders der ersten Welt, haben sich vordem ungeahnte Reisemöglichkeiten eröffnet, die Kontakte zu den Gebieten anderer Kulturen, Sprachen und Rassen vertiefen. Die Kontinente rücken geistig und menschlich immer näher zusammen. Der Globus ist erschlossen. Die eine Welt entsteht. Feindbilder bauen sich langsam ab. Unter solchen Umständen ist ein militärischer Krieg erheblich schwerer zu motivieren.

3. Information. Ähnliche Folgen zeitigt auch die Information. Darüber hinaus lässt sie die Geschehnisse in der ganzen Welt, über die während ihres Ablaufes schon berichtet wird, in die Verantwortung aller Menschen eintreten: Wir vernehmen von Vorgängen, auf die noch eingewirkt werden kann. Daraus wächst langsam eine internationale Solidarität, die für physische Gewaltanwendungen ungünstig ist.

4. Wirtschaft. In den letzten 30 Jahren ist die internationale Arbeitsteilung in einem Ausmass erweitert und vertieft worden, das zuvor undenkbar

war. Nationale Volkswirtschaften sind auf dem Weg, durch Kontinentalwirtschaften abgelöst zu werden. Das entstehende Netz gegenseitiger Abhängigkeiten kann kaum mehr durch militärische Kriege gefährdet werden.

5. Geistige Ebene. Mittelbar auch im Zusammenhang mit der durch technischen Fortschritt geprägten Entwicklung steht die Erscheinung, dass die Menschen sich mehr und mehr aus geistigen Bindungen (namentlich der letzten grossen, der religiösen) zu lösen im Begriffe sind. Dadurch werden sie so lange anfälliger (als zuvor) auf psychische Gewaltanwendungen, wie neue Bindungen (zum Beispiel innere Werte und Massstäbe) noch ungenügend ausgebildet sind. Das spricht zwar nicht gegen den militärischen, wohl aber erheblich zugunsten des politischen Krieges.

6. Politische Ebene. In neuerer Zeit ist für den Versuch, einem Gegner die eigene Meinung mit Gewalt aufzuzwingen, der Herrschaftsanspruch einer Diktatur verantwortlich. In der Diktatur wird daher die geplante Gewaltanwendung schon in «Friedenszeiten» durch forcierten Aufbau der staatlichen Macht vorbereitet. Im Falle des militärischen Kriegsausbruches gewinnt demnach die Diktatur regelmässig die ersten Schlachten. Dadurch wird den betroffenen (meist in offenen Gesellschaften lebenden) Völkern die Notwendigkeit einer Verteidigung offensichtlich, weshalb sie dank den nunmehr freiwillig erbrachten Opfern auch den (militärischen) Krieg gewinnen. Wesentlich ist hier der Umstand, dass Beschluss und maximale Motivation zur Verteidigung erst unter dem Eindruck einer **offensichtlichen Notwendigkeit** entstehen. Daraus kann die Regel abgeleitet werden, dass die Diktatur alles unternehmen muss, um in den vom Herrschaftsanspruch betroffenen Völkern die Verteidigungsnotwendigkeit nicht offensichtlich werden zu lassen. Mit andern Worten: Eine Diktatur dürfte nie den militärischen Krieg als Hauptträger eines Konfliktes wählen, sondern muss mit dem politischen Krieg jener Form den Vorzug geben, in welcher «verlorene Schlachten» kaum als solche bewusst werden und den Verteidigungsbeschluss gar nicht oder dann sehr spät erzwingen.

Die Technik des politischen Krieges

Damit ist die Frage nach dem Wesen des politischen Krieges aufgeworfen. Die Technik soll hier auf den vier wichtigsten Kampfebenen zwischen Diktatur und Demokratie kurz skizziert werden.

1. Die politische Ebene. Hier sind die Einsätze von Belang, welche die Diktatur im breiten parlamentarischen und ausserparlamentarischen Raum der Demokratie leisten kann. Bloß im Sinne einiger Illustrationen sind darunter zu verstehen: Gründung und Finanzierung einer politischen Partei, auch von Zeitungen und Zeitschriften, etwa von parapolitischen Organisationen mit dem Zweck, offen oder verdeckt die «Meinung» (Weltanschauung, Ideologie, aussenpolitische Zielsetzung) der Diktatur in der visierten Demokratie zu vertreten. Zum gleichen Zweck können auch oppositionelle Minderheiten - möglichst ihnen unbewusst - unterstützt werden. Grundsätzlich ist dabei festzuhalten, dass der Demokratie ein symmetrischer Einsatz in der Diktatur nicht möglich ist, weil diese die Zensur kennt, nicht aber den Parteienpluralismus.

2. Die wirtschaftliche Ebene. Dank dem Aussenhandelsmonopol der Diktatur können die wirtschaftlichen Beziehungen langfristig so geplant werden, dass Abhängigkeiten entstehen, die gegebenenfalls politisch genutzt werden können. Zur Schwächung der Wirtschaftsmacht der offenen Gesellschaft können notfalls auch Wirtschaftssabotage und **wilde Streiks** eingesetzt werden.

3. Die psychologische Ebene. Hier soll durch Agitation, Propaganda und vor allem durch Desinformation ein Klima der Verunsicherung in den offenen Gesellschaften erzeugt werden. Ziel ist es, Diskussionen in Spannungen zu polarisieren, damit sie in Schwächungen und Lähmungen umschlagen. Die Demokratie soll dadurch des Konsenses in den wesentlichen Fragen der offenen Gesellschaft beraubt werden; die soziologisch noch intakten Strukturen sollen aufgebrochen, die Stabilität erschüttert und die Loyalität vom Volk zur selbstgewählten Regierung abgebaut werden.

4. Der militärische Faktor. Er ist im politischen Krieg ebenfalls von überragender, wenn auch wesentlich anderer Bedeutung. Die Diktatur zielt auf militärische Überlegenheit ab - unter anderem auch durch Schwächung der Wehrkraft in der Demokratie -, um sie als Faktor der politischen Drohung zwecks Erpressung politischer Konzessionen einzusetzen.

Soweit in aller Kürze die Natur des politischen Krieges. **Die Diktatur** befindet sich hierbei in einer günstigen Ausgangslage. Der Grund liegt darin, dass der Konflikt zwischen einem kleinen Führungsgremium der Diktatur

einerseits und den Individuen der Demokratie andererseits geführt wird. Der Mehrheit von Individuen ist eine solche Auseinandersetzung ungewohnt, daher zweitrangig, derweil **die demokratischen Regierungen** aufgrund ihrer Traditionen und Zielsetzungen nicht in der Lage sind, die Teilnahme am politischen Krieg mit erster Priorität zu versehen und zu erzwingen. Das ist ihnen nur bezüglich der Teilnahme am militärischen Krieg als einer geistig weitgehend bewältigten Erscheinung gelungen.

Schlussfolgerungen

Diese kurze Darstellung zeigt, dass **der politische Krieg** die in der Sicht des Aggressors erwartete Hauptleistung tatsächlich erbringt: Dem Bewusstsein des Volkes in den vom Herrschaftsanspruch betroffenen Ländern wird der eigentliche Casus belli vorenthalten, weshalb der Verteidigungsbeschluss ausbleibt. Denn auf den «Schlachtfeldern» des politischen Krieges explodieren keine Bomben und Granaten, sterben oder verkrüppeln keine Menschen. Statt dessen wechselt etwa dieses oder jenes Massenmedium seine politische Richtung, passt sich diese oder jene politische Partei den «neuen Gegebenheiten» an, verliert der Widerstand seine Popularität.

Mit diesem einen Hauptunterschied zwischen militärischem und politischem Krieg ist der andere verbunden: **Der militärische Krieg spielt sich in relativ kurzen, jedenfalls von einer Generation leicht überblickbaren Zeiträumen ab, der politische dagegen bringt keine raschen Entscheidungen und ist auf lange Perioden angelegt.** Daher kann er übrigens praktisch nur von einer Diktatur geführt werden; das kleine Führungsgremium kann die Motivation zur Kriegsführung langfristig aufrechterhalten und vom Volk erzwingen. Bei den angesprochenen Völkern dagegen erzeugen die sachten Veränderungen, die das Ausmass dessen, an das sich der Mensch anzupassen vermag, selten überschreiten: Diese Veränderungen erzeugen keine Reaktionen. Der Nachteil der **langen Kriegsführung** im politischen Bereich wird mehr als nur aufgewogen durch den Wegfall des Risikos, das die Führung der Diktatur stärker scheut als jene der Demokratie.

Die hier angestellten Überlegungen lassen **einen militärischen Krieg als Hauptträger eines Konfliktes als immer unwahrscheinlicher erscheinen**. Daraus kann der Schluss nun nicht gezogen werden, dass die militärischen Verteidigungsanstrengungen der De-

mokratien reduziert werden könnten. Im Gegenteil: Mit dem Hinweis auf die grosse, wenn auch andersartige Bedeutung des militärischen Faktors im politischen Krieg ist hinlänglich unterstrichen, dass **mindestens ein militärisches Gleichgewicht** bewahrt werden muss. Dadurch wird sowohl die (geringe) Möglichkeit eines militärischen Krieges wie auch und vor allem die Erpressbarkeit der offenen Gesellschaften dank der militärischen Überlegenheit der Diktatur verhindert.

Mit der Erhaltung des militärischen Gleichgewichtes ist indessen noch nichts vorgekehrt zur Abwehr des Angriffes im politischen Krieg. Zweck dieser Darstellung war es, die Notwendigkeit nachzuweisen, dass auch dafür Einsätze geleistet werden müssen. **Sonst wird auch die militärisch bestgerüstete Demokratie politisch aus den Angeln gehoben.**

Bücher und Autoren:

Bildungsbürger in Uniform

Von Hans Dieter Bastian. Band 1 der Reihe «Bernard & Graefe aktuell». 168 Seiten. Bernard & Graefe Verlag, München 1979. Broschiert. DM 12.80.

Der deutsche Arbeitskreis für Wehrforschung beginnt mit diesem Buch die neue Reihe «Bernard & Graefe aktuell», welche die bestehenden Reihen «Beiträge zur Wehrforschung», «Wehrwissenschaftliche Berichte» und «Wehrforschung aktuell» vereinheitlicht und zusammenfasst.

Beim vorliegenden Band handelt es sich um die Publikation früher erschienener Beiträge, welche vom Bestreben geprägt sind, aus wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht einer allgemeinen Pädagogisierung des Militärs zu verfallen, sondern die theoretischen Grundlagen in den praktischen Prozessen der Erziehung, Ausbildung und Führung zu überführen. Insbesondere im ersten Teil «Menschenführung und Ausbildung» gelingt es, die wesentlichen Faktoren der militärischen Führung und Ausbildung, basierend auf sozialwissenschaftlichen Grundlagen, abzuleiten und so darzulegen, dass sie die für die Armee zwingenden militärischen Merkmale nicht verlieren. Durch diesen Ansatz unterscheidet sich das Werk - auch für wissenschaftlich orientierte Praktiker - wohltuend von der Fülle der in letzter Zeit veröffentlichten theoretischen Betrachtungen zum militärischen Führungsstil.

Im zweiten Teil sind die Belange der «politischen Bildung in der Bundeswehr» spezifisch auf diese ausgerichtet behandelt und deshalb, vor allem beim Fragenkomplex der Sozialetik staatlicher Gewalt, nur beschränkt auf unsere Milizarmee übertragbar. Immerhin können die zur Sicherheitspolitik und zur Truppeninformation entwickelten Thesen von Interesse sein.

Urs F. Bender